



**„Wer kämpft kann verlieren.
Wer nicht kämpft hat schon verloren!“** Bertolt Brecht



Kein Betrieb von Methangananlagen mit nachwachsenden Rohstoffen aus einjährigen Anbaupflanzen (z.B. Energiemais)

Keine Methangananlagen in der Nähe von Wohnbebauungen

www.biogasanlagen-versus-anwohner.de

Studie Umweltbundesamt: Energieziel 2050: 100% Strom aus Erneuerbaren Energien

Das Umweltbundesamt hat im Juli 2010 die Studie **"Energieziel 2050: 100 % Strom aus erneuerbaren Quellen"** veröffentlicht. Die Studie kann man im Internet herunterladen. Sie umfasst insgesamt 196 Seiten.

**2050:
100%**
Energieziel 2050:
100% Strom aus erneuerbaren Quellen

In der Studie finden sich folgende

Aussagen: „Eine vollständig auf erneuerbaren Energien beruhende Stromerzeugung im Jahr 2050 ist technisch und auf ökologisch verträgliche Weise möglich.“

„Den größten Anteil an der Stromerzeugung übernehmen Windenergie und Photovoltaik. ...Wegen bestehender Nutzungskonkurrenzen bei der Biomasse berücksichtigen wir in unserer Modellierung lediglich Abfallbiomasse und auch davon nur einen kleinen Anteil zur Stromerzeugung.

Der Großteil der verfügbaren Abfallbiomasse steht als Kraftstoff für den Verkehr oder für die stoffliche Nutzung in der Industrie zur Verfügung.“

„Bei der Ermittlung der technisch-ökologischen Biomassepotentiale konzentrieren wir uns aus zwei Gründen auf die Abfallbiomasse: **Die Anbaubiomasse wird aus verschiedenen Gründen kritisch gesehen.** Dazu zählen ihre Konkurrenz mit der Nahrungs- und Futtermittelproduktion, die negativen Auswirkungen auf Umweltmedien, wie z.B. Qualität von Wasser und

Böden, Auswirkungen auf die Wassermenge, auf die Biodiversität und auf den Naturschutz.

Zudem ist der Anbau von Biomasse nicht treibhausgasneutral.

Abfallbiomasse fällt ohnehin an. Soweit es keine Konkurrenz zu vorrangigen Versorgungsbereichen wie der stofflichen Verwendung gibt, kann man sie energetisch nutzen.“

Anbaubiomasse wird also so kritisch gesehen, dass sie von der wissenschaftlichen Gesamtbetrachtung ausgeschlossen und rechnerisch nicht berücksichtigt wird!

Das bedeutet im Klartext:

Alle Bundestagsabgeordneten müssen diese Aussagen kennen und sich zurechnen lassen.

Die wissenschaftliche Unterstützung der Bundesregierung zählt zu den wichtigsten gesetzlichen Aufgaben des Umweltbundesamtes. Wer angesichts dieser Tatsachen immer noch an der Methangasproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen festhält und diese überflüssige Technologie als Segen für die Menschheit an ahnungslose Landwirte und Kommunalpolitiker verkauft, ist entweder intellektuell überfordert oder ...?

Ethik: Kein Brot für Biogas

Fast alles, was essbar ist — ob Getreide, Mais oder Zuckerrohr — wird mittlerweile zweckentfremdet. Die Folge dieser Fehlentwicklung ist, dass die Grenzen zwischen der Nahrungsmittel- und Energieindustrie verschwimmen. Subventionen für Energiepflanzen, Missernten und Spekulationen auf den weltweiten Agrarrohmstoffmärkten treiben die Preise in die Höhe. Am 11. Oktober 2010 erhöhte sich der Preis für Mais um 8,5%, der höchste Tagesanstieg seit 37 Jahren. Im Jahresvergleich haben sich die Preise für Weizen um 39%, für Mais um 49% und für Sojabohnen um 35% erhöht, berichtet die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. (Quelle: Nahrungsmittelbericht „Food Outlook – Global Market Analysis“, November 2010)

Nach Angaben der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) leben ungefähr eine Milliarde Menschen von einem US-Dollar oder weniger pro Tag. Für sie werden steigende Preise für Nahrungsmittel schnell lebensbedrohlich.



Bereits 2011 drohen Engpässe bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, wenn die Produktion bestimmter Feldfrüchte nicht ausgeweitet wird, so die Welternährungsorganisation.

Naturschutz: Artensterben

Angesichts des anhaltenden Booms von Biogasanlagen werden vermehrt Grünland- und Stilllegungsflächen zu Maisäckern umgewandelt.



Dieser zunehmende Anbau von Energiemais hat erhebliche ökologische Risiken und Auswirkungen für die Artenvielfalt zur Folge. Durch die intensive Bewirtschaftung der Felder, die gespritzt und gedüngt werden, haben vor allem Vögel ein Problem.

Kiebitze, Braunkehlchen, Rebhuhn und alle anderen Arten, die ihre Nester im Schutz des Beikrauts auf dem Ackerboden bauen, haben keine Chance.

Denn jedes Kraut stört das Maiswachstum und wird totgespritzt. Auf diese Problematik weisen auch der NABU (Naturschutzbund) und der DVL (Deutscher Verband für Landschaftspflege) hin.

Klima- und Umweltschädlichkeit

Es ist mittlerweile Konsens in der Wissenschaft, dass die Produktion von Bioenergie auf Basis von Lebensmittelpflanzen klimaschädlich ist. Durch Grünlandumbruch, Überdüngung und den pflanzlichen Stickstoffkreislauf werden in großen Mengen klimaschädliche Treibhausgase freigesetzt. Ackerflächen, die für die Nahrungsproduktion ausfallen, müssen an anderer Stelle ersetzt werden“



Ein Beispiel hierfür ist das Bundesland Bayern; hier gibt es aktuell weit über 1700 Biogasanlagen, die immer mehr auch Mooregebiete verdrängen und durch Maisflächen ersetzen. Maisflächen haben es gerne trocken. Hierdurch zerfällt der Torf und setzt schädliches CO₂ frei. Aktuell sind nur noch 5 % der Moorflächen in Bayern in ihrem Urzustand. Durch diese klimaschädliche Moornutzung werden 8% der gesamten bayrischen CO₂ - Emissionen erzeugt.

Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion

Durch den extrem ausgeweiteten Anbau von Mais und anderen Ackerfrüchten zur Energieerzeugung hat sich eine Flächenkonkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion entwickelt. Durch die Förderung kann der Betreiber einer Methangasanlage einen bis zu 5-fach höheren Pachtpreis bezahlen als es der Markt im Normalfall hergibt. Dieses grobe Ungleichgewicht führt dazu, dass die Flächen für die Lebensmittelproduktion verloren gehen und die Preise für Lebensmittel wie Brot, Pommes, Bier etc. steigen werden.



Störfälle - Unfälle – Explosionen – Havarien

Die Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat im Juni 2009 bei der Mehrzahl (ca.80%) aller nach §29a BImSchG geprüften Biogasanlagen bedeutsame Mängel festgestellt. Die häufigsten Schwachpunkte lagen im Bereich Gasexplosionsschutz und Auslegung der Komponenten.

Hoch gerechnet auf die in Deutschland installierte Leistung von etwa 2.300 MW_{el} kommt es in Deutschland geschätzt alle 2 Minuten zu einem Störfall.

In 2010 konnten wir über eine Internetrecherche 29 schwere Unfälle finden.

Biogas-Basis-Daten Deutschland werden gefördert vom Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Download des Flyers über:
<http://www.nachwachsenderohstoffe.de/>



Laut Biogas-Basis-Daten Deutschland 2010 kommt es in einer Biogasanlage pro 10kW_{el} zu 1,2 Störfällen im Jahr. Bei einer 500KW Anlage wären das also 60 Störfälle pro Jahr!

Mögliche Gefahren durch Biogas Reststoffe - Gärreste

Neben den positiven Eigenschaften, die Gärreste auch haben, werden von Erzeugerseite die möglichen gravierenden Risiken, die mit der Ausbringung und Verwendung von Gärresten auf uns zukommen, so gut wie nicht aufgeführt. Von staatlicher Seite fehlen umfangreiche Untersuchungen. In diese Problematik greift natürlich auch noch, dass die Zusammensetzung der Gärreste durch die immer unterschiedlichen Einsatzstoffe komplett variiert.

Dazu zählen auf jeden Fall unbehandelte Schlachtabfälle und Hühnerkot, Speisereste, Nachgeburten (rund 3 Tonnen bei 100 Kühen), soweit diese nicht einer intensiven Hitzebehandlung unterzogen werden.

Weitere Infos: <http://www.ava1.de/botulinum.php>

- Kartoffelkrebs - Ringfäule an Kartoffeln, ein weltweit gefürchteter Pilz überlebt nach 138-stündiger Vergärung und anschließender Lagerung.
Weitere Infos: <http://www.agrarheute.com/infektionsrisiko-gaerreeste>
- Gärreste enthalten oft hohe Dosen an Antibiotika, die das Grundwasser belasten.
- Boden- und Grundwasserbelastung durch Nitrat
- Erhöhte Mastitisgefahr, wenn getrocknete Gärreste als Einstreu für Liegeboxen genutzt werden.



Nachfolgend sehen wir folgende mögliche Risiken:

- Chronischer Botulismus: Vergiftung von Tier und Mensch möglich. Kann entstehen, wenn Risikomaterialien in Biogasanlagen eingebracht werden.

Über uns - Bürgerinitiative Melzdorf

Wir sind Einwohner von Melzdorf und anderen Orten im Landkreis Fulda, die Mitte 2010 eine Bürgerinitiative gegründet haben, um den Bau einer Methangasanlage im Dorfkern von Melzdorf zu verhindern.

Zunächst war dies unser einziges Ziel. Nachdem wir uns aber näher mit dem Thema beschäftigt haben, ist uns klar geworden, dass bei dieser ganzen Technologie und deren Förderung vieles im Argen liegt. Das beginnt damit, dass mit der aktuellen Förderung mehr Umweltprobleme geschaffen als vermieden werden.

Geht weiter damit, dass mögliche Risiken nicht angesprochen und notwendige Untersuchungen und Entscheidungen nicht getroffen werden. Endet mit der Behandlung der Bürger bei der Planung und Durchführung von (Bio-) Energieprojekten.

Deshalb sehen wir als weitere zentrale Aufgabe die Zusammenarbeit mit allen Bürgerinitiativen (siehe nachfolgenden Abschnitt), um durch Forderungen an die Politiker aller Ebenen darauf hin zu wirken, dass die Rahmenbedingungen verändert werden.

Unsere zusätzlichen Forderungen bezüglich der geplanten Methangasanlage in Melzdorf

Kein Bau einer Methangasanlage in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung. Nicht bei uns und auch nicht anderswo. Bei uns in Melzdorf wäre der Abstand gerade einmal 80m. Wir fordern einen Sicherheitsabstand von mindestens 800m.

Keine Zufahrt zur Methangasanlage über den Kapellenweg. Dieser ist nicht geeignet für einen solchen Verkehr. Der Kapellenweg ist - wie der Name es schon sagt - ein Weg der gleichzeitig eine 30er Zone mit Spielplatz und ausgewiesener Wanderweg ist. Zusätzlich dient der Weg als Anfahrtsweg für Radfahrer, die auf den Milseburgradweg wollen.

Gemeinschaft der Bürgerinitiativen gegen den Wildwuchs von Biogasanlagen in Deutschland

Wir sind Bürgerinitiativen aus dem ganzen Bundesgebiet, die sich zusammengeschlossen haben, um gemeinsam gegen den Wildwuchs von Biogasanlagen zu kämpfen. Wir haben festgestellt, dass folgende Probleme überall gleich sind:

- Die Bürger werden nicht informiert und schon gar nicht in Planungen eingebunden.
- Die Kommunalpolitiker stehen auf der Seite Einzelner, die nur auf Profit aus sind, und nicht mehr auf der Seite ihrer Wähler.
- Als Ergebnis daraus fallen Standortentscheidungen, die nicht sachgerecht die Interessen aller Beteiligten abwägen und so negative Folgen für mindestens 20 Jahre produzieren.

Deshalb entstehen überall im Land Bürgerinitiativen. Sie sind ein Indiz für fehlerhafte Entscheidungen gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Gemeinsam wollen wir eine Änderung der Rahmenbedingungen herbeiführen. Aktuell (Stand 2011/02) gehören dem Zusammenschluss bereits 33 Bürgerinitiativen an.

Letztlich ist die Situation heute so, dass sich Bürger den finanziellen Risiken eines Prozesses stellen müssen, um das zu erreichen, was eigentlich der Gesetzgeber längst hätte regeln müssen.

Wir richten deshalb an die Politiker aller Ebenen folgende Forderungen:

1. Stopp: Ein sofortiges Moratorium für die Genehmigung aller Biogasanlagen, die auf Basis nachwachsender Rohstoffe (Nawaro) betrieben werden sollen.

2. Faire Wettbewerbsbedingungen: Dringende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG): Bestimmender Faktor für die Unterstützung erneuerbarer Energien muss deren Effekt auf die Treibhausgasemissionen sein.
3. Schutz der Gemeinden und Dörfer und ihrer Bürgerinnen und Bürger: Reform der Planungsgesetze, um effektiver vor Verkehr, Geruch, Lärm, Störfällen und negativer Veränderung des Landschaftsbildes durch Biogasanlagen zu schützen.
4. Nur nachhaltige Bioenergie: Die Ausdehnung der Verordnung über Anforderungen an eine nachhaltige Herstellung von Biokraftstoffen (Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung – Biokraft-NachV) auf alle Arten von Bioenergie, die in Deutschland Verwendung finden. Diese Verordnung muss die direkten und indirekten Emissionen von Böden und Änderungen der Landnutzung berücksichtigen, ebenso wie die Effekte jeglicher Methangasaustritte aus Biogasanlagen.
5. Restaurierung: Erstellung eines Programms zur Stilllegung von Biogasanlagen, die mit Rohmaterial versorgt werden, welches von Flächen mit hohem Kohlenstoffspeicher, z.B. Dauergrünland oder moorigen Böden stammt oder in starker Konkurrenz zu Nahrungsmitteln steht. Der ursprüngliche Zustand dieser Flächen muss wiederhergestellt werden, um Kohlenstoffverluste zu reduzieren. Das sollte finanziert werden aus einer Abgabe für existierende NawaRo Biogasanlagen oder durch die Biogaslobby (nach dem Verursacherprinzip).



www.initiativen-mit-weitblick.de